

Manfred Güllner

DIE GRÜNEN



Höhenflug oder Absturz?

HERDER

Manfred Güllner

Die Grünen

Höhenflug oder Absturz?



FREIBURG · BASEL · WIEN

Impressum

Titel der Originalausgabe: Die Grünen
Höhenflug oder Absturz?

© Verlag Herder GmbH, Freiburg im Breisgau 2012

© Verlag Herder GmbH, Freiburg im Breisgau 2014

Alle Rechte vorbehalten

www.herder.de

E-Book-Konvertierung: le-tex publishing services GmbH,
Leipzig

ISBN (E-Book): 978-3-451-80388-8

ISBN (Buch): 978-3-451-30674-7

Inhalt

Einleitung

1. Die Entstehung der Grünen

2. Die Wähler der Grünen

Die Wahlen in den alten Bundesländern: 1979 bis 1987

Die Wahlen im wiedervereinten Deutschland

3. Die Entwicklung des grünen Wählerpotenzials seit 2009

Die Stärke der Grünen bei den Landtagswahlen seit 2009

Die Grünen auf lokaler Ebene

Die Grünen in den Umfragen seit 2009

4. Das Wählerpotenzial der Grünen 2012

5. Die Macht der Grünen

Die Dominanz des „grünen“ Zeitgeistes

Die „grünen Helfershelfer“

6. Die „grüne Diktatur“ und ihre Auswirkungen auf das politische System

7. Fazit und Ausblick

Dank

Literaturverzeichnis

Endnoten

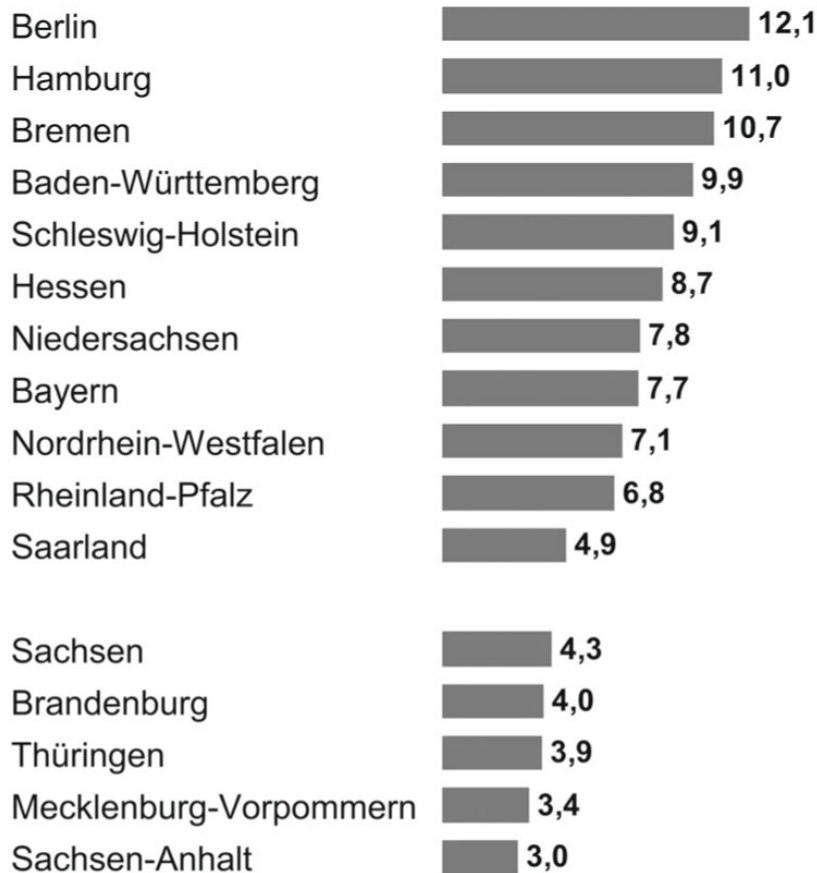
Einleitung

Bei der Bundestagswahl im September 2009 haben 4,6 Millionen Wähler der Partei der Grünen ihre Stimme gegeben. So viele Stimmen haben die Grünen noch nie bei einer anderen bundesweiten Wahl erhalten, seitdem sie 1979 zum ersten Mal bei einer Europa- und 1980 zum ersten Mal bei einer Bundestagswahl kandidierten. 4,6 Millionen Wähler: Das sind 7,5 Prozent aller Wahlberechtigten oder 10,7 Prozent der – für die Berechnung der Mandate im Bundestag entscheidenden – abgegebenen gültigen Stimmen. 68 grüne Abgeordnete sitzen seit 2009 im Deutschen Bundestag – so viele wie nie zuvor. Zum Vergleich: Im ersten gesamtdeutschen Parlament 1990 saßen nur acht „grüne“ Abgeordnete. Das war deshalb der Fall, weil in den damaligen getrennten Wahlgebieten (alte und neue Bundesländer) nur das Bündnis '90 in den neuen, nicht jedoch die originären Grünen in den alten Bundesländern mehr als 5 Prozent der gültigen Stimmen erhielten.

20 Jahre nach der Wiedervereinigung hat sich das aber längst wieder umgekehrt: In den neuen Ländern sind die Grünen schwach (ihr Anteil schwankt – bezogen auf alle Wahlberechtigten – zwischen 4,3 Prozent in Sachsen und 3,0 Prozent in Sachsen-Anhalt). In sechs der alten

Bundesländer hingegen lagen die Werte der Grünen bei der Bundestagswahl 2009 deutlich über dem gesamtdeutschen Durchschnitt von 7,5 Prozent: In Baden-Württemberg wurden die Grünen von 10, in den drei Stadtstaaten Bremen, Hamburg und Berlin sogar von mehr als 10 Prozent der Wahlberechtigten gewählt. Jeweils auf rund 9 Prozent kamen die Grünen in Schleswig-Holstein und Hessen, auf rund 8 Prozent in Niedersachsen und Bayern. Etwas unter dem bundesdeutschen Durchschnitt lagen die Grünen bei der Bundestagswahl 2009 in Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz. Deutlich unter dem durchschnittlichen Ergebnis in ganz Deutschland und nahe an dem Wert der ostdeutschen Länder war der Anteil der Grünen 2009 nur im Saarland.

■ **Anteile der Grünen bei der Bundestagswahl 2009 in den 16 Bundesländern**
(in % der Wahlberechtigten)



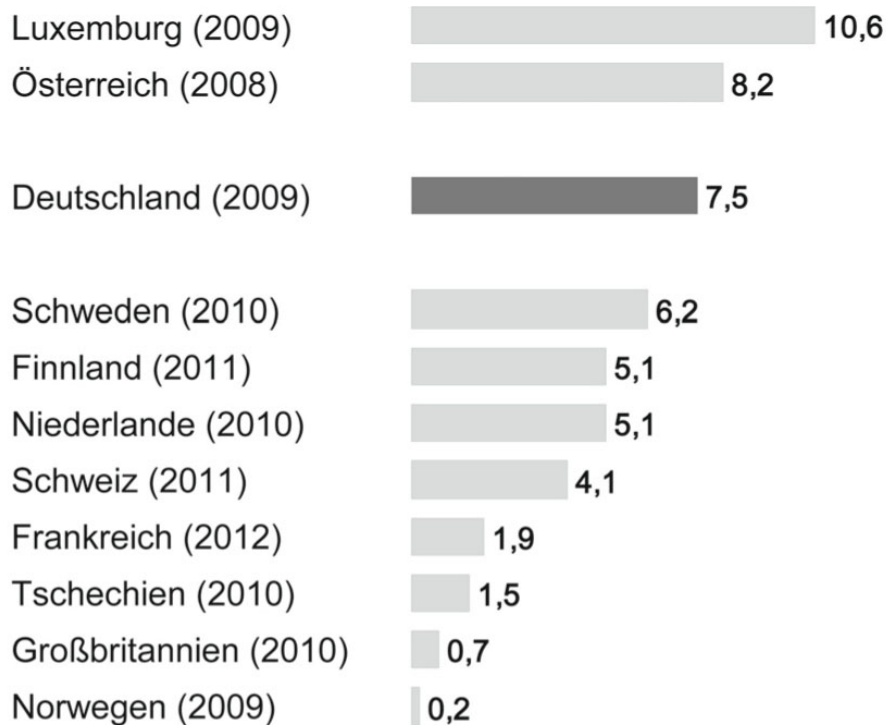
Im Sommer 2012 sind die Grünen auch in allen 16 Landtagen vertreten. An fünf Landesregierungen (Schleswig-Holstein, Bremen, Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz) sind sie beteiligt und stellen mit Winfried Kretschmann sogar einen der 16 Ministerpräsidenten der Republik.

Allein von der Zahl ihrer Wähler her gesehen sind die Grünen in Deutschland weitaus stärker als in

vergleichbaren Ländern wie Frankreich (hier wurden die Grünen bei der Parlamentswahl 2012 nur von 2 von 100 Wahlberechtigten gewählt), Großbritannien (wo 2010 nur 0,7 Prozent der Wahlberechtigten die grüne Partei wählten), Spanien oder Italien (wo es keine originäre grüne Partei mehr gibt).

Mehr Stimmen als in Deutschland erhalten grüne Parteien nur in Luxemburg und Österreich. In Belgien spielen die Grünen noch eine Rolle, sind aber – wie das Land insgesamt – gespalten in zwei Parteien: „Groen“ in Flandern und „Ecolo“ in Wallonien. In den meisten anderen europäischen Ländern aber erhalten die Grünen – wenn sie überhaupt als Partei existieren – deutlich weniger Stimmen als die deutschen Grünen. In Schweden wurden die Grünen von 6, in Finnland und den Niederlanden von 5 von 100 Wahlberechtigten gewählt.

■ **Anteile grüner Parteien bei nationalen Wahlen in ausgewählten Ländern**
(in % der Wahlberechtigten)



In den beiden skandinavischen Ländern Dänemark und Norwegen gibt es überhaupt keine grüne Partei oder die grüne Bewegung spielt so gut wie keine Rolle (in Norwegen wurden die Grünen z.B. 2009 nur von 0,2 Prozent aller Wahlberechtigten gewählt). In der Schweiz wird die grüne Partei von deutlich weniger Wählern unterstützt als in Österreich. Und auch in osteuropäischen Ländern wie Tschechien oder Polen gibt es keine grüne Partei oder die Grünen werden nur von einer kleinen Minorität gewählt.

Doch der Einfluss der grünen Bewegung geht in Deutschland – anders als in den meisten anderen Ländern – weit über das Maß hinaus, das ihr aufgrund ihrer Wähleranteile an sich zukäme. Ursprünglich originäre „grüne“ Themen – wie der Umwelt- und Klimaschutz, eine Umdeutung des Fortschrittsbegriffs, die Diskreditierung von Mobilitätschancen durch Auto oder Flugzeug sowie von Groß-Technologien, die Lobpreisung von „Nachhaltigkeit“, Dezentralisierung oder von antiparlamentarischen Partizipationsformen etc. – beherrschen heute die öffentliche und politische Diskussion.

Eines der markantesten Beispiele für eine solche Übernahme von Zielen und Inhalten der grünen Minorität durch die anderen politischen Lager ist die abrupte Kehrtwende, die im Frühjahr 2011 in der Energiepolitik vorgenommen wurde. Nicht mehr der lange zwischen der Mehrheit der politischen Akteure herrschende Konsens, nämlich für eine flächendeckende, sichere und bezahlbare Versorgung der Bürger und der Wirtschaft mit Energie Sorge zu tragen, hatte Priorität, sondern es ging nur noch um den möglichst schnellen Ausstieg aus der Kernenergie. Unter dem Eindruck des Reaktorunfalls in Fukushima übernahmen alle Parteien – auch das „bürgerliche“ Lager aus CDU/CSU und FDP – ein zentrales Ziel grüner Politik und zwangen so ein Anliegen der grünen Minorität der nicht-grünen Mehrheit in der gesamten Gesellschaft auf.

Der vormalige Umweltminister Norbert Röttgen begründete diese abrupte Kehrtwende in der Energiepolitik und das totale Einschwenken auf die Vorstellungen der Grünen damit, dass 90 Prozent aller Bürger in Deutschland einen schnellen Ausstieg aus der Kernenergie wollten. Nun zeigen zwar alle Umfragen – im Übrigen nicht erst seit Fukushima, sondern schon seit dem Reaktorunglück in Tschernobyl vor mehr als 25 Jahren –, dass eine Mehrheit der Bürger nichts dagegen hätte, auch auf eine friedliche Nutzung der Kernenergie zu verzichten. Doch daraus – wie es Norbert Röttgen zur Begründung der Energiewende 2011 getan hat – eine „breite Ablehnungsfront“ gegen die Nutzung der Kernenergie – selbst bei den Anhängern der Union – abzuleiten, entsprach und entspricht nicht der Realität. Der Ausstieg aus der Kernenergie war und ist im Wesentlichen nur für die Anhänger der Grünen ein wichtiges Anliegen. Für die große Mehrheit der Menschen aber – auch der, die prinzipiell einen Ausstieg aus der Kernenergie für richtig halten – ist die Frage, woher der Strom kommt, keinesfalls das drängendste Problem. Wichtiger ist für die „normalen“ Bürger, dass es genügend und bezahlbare Energie gibt, und man nicht irgendwann im Kalten oder Dunklen sitzen muss.

Wie aber ist es möglich, dass die grüne Bewegung in Deutschland einen weit über ihr eigenes Wählerklientel hinausreichenden dominanten Einfluss auf die politischen

Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozesse wie sonst in kaum einem anderen Land gewinnen konnte?

Im Mittelpunkt dieses Buches steht deshalb die Frage, warum der im Vergleich zur tatsächlichen Wählerzahl geradezu übermächtige Einfluss grüner Ideologien wieder einmal nur ein deutsches Phänomen zu sein scheint. In anderen Ländern, in denen durchaus über Umwelt- und Klimaschutz nachgedacht wird, oder auch in den Ländern – wie z.B. in Frankreich oder den Niederlanden – wo ökologische Gedanken schon vor der Etablierung der Grünen in Deutschland verbreitet waren, gibt es einen mit den deutschen Grünen zu vergleichenden Einfluss zumindest nicht.

Beleuchtet werden sollen zunächst der Ursprung der grünen Bewegung in Deutschland und die Reaktionen der „etablierten“ Parteien auf die Anfänge der Grünen.

Aufgezeigt werden soll sodann, wie sich die Wähler- und Anhängerschaft der Grünen in den letzten drei Jahrzehnten entwickelt hat und wie es der grünen Minorität gelungen ist, ihren politischen und gesellschaftlichen Einfluss kontinuierlich und systematisch auszuweiten. Eingegangen wird dabei auch auf die Mittel und Instrumente, die die Grünen eingesetzt haben und heute noch einsetzen, um ihre Einflussphäre immer weiter auszubauen.

Ein wichtiger Teil des Buches ist aber auch der Frage gewidmet, welche Folgen (ob positiv oder negativ) die

grüne Dominanz für das gesamte politische System in Deutschland hat.

Gewagt wird schließlich ein Blick in die Zukunft der grünen Bewegung: Gelingt es den Grünen, ihre thematische Vorherrschaft und Dominanz auch zukünftig zu bewahren oder könnte es zu Entwicklungen und Veränderungen im politischen Spektrum kommen – wofür das Aufkommen neuer „Bewegungen“ wie der „Piraten“ ein Hinweis ist –, die den heute extrem großen Einfluss der Grünen eindämmen?

1. Die Entstehung der Grünen

Die „grüne Bewegung“ in Deutschland wird von denen, die sie mit begründet und getragen haben, von Anfang an in einem überaus positiven Licht gesehen. Hartmut Bossel z.B. (seinerzeit Leiter des Instituts für Systemforschung und Prognose in Hannover) pries die grüne Bewegung schon 1978 in einer eher an die unselige Vergangenheit denn an eine nach vorne weisende Zukunft erinnernden Sprache so: „Schon drohte das politische Leben in der Bundesrepublik unter der wachsenden Vergletscherung der Parteienlandschaft zur Eiszeit zu erstarren, da brach der grüne Frühling 1978 aus und versprach mit seinen Blumen, Blättern und Schmetterlingen auf den Wahlplakaten Tauwetter und Wetterumschwung. Das Land bewahrt er vielleicht vor jener satten, sicherheitsbedachten und selbstgerechten Immobilität, die jeden Fortschritt zum Erliegen bringt. Die Grünen kommen!“¹

Hubert Kleinert, selbst einer der Wegbereiter der Grünen, bediente sich bei seiner Schilderung der Entwicklung der Grünen zwar einer nüchterneren Sprache, schwärmte aber auch noch 1992 von den Ende der 1970er Jahre immer stärker werdenden „neuen sozialen Bewegungen“, die er als Reaktion darauf sieht, dass „Ende der siebziger Jahre die reformpolitische Ausstrahlungskraft

der sozialliberalen Koalition endgültig verblasste und immer weniger übersehen werden konnte, dass die etablierten Parteien weder die politischen Impulse der neu entstandenen Umweltbewegung noch die gewachsenen Bürgerbeteiligungswünsche unterschiedlichster Art“ aufzunehmen verstanden.²

Generell werden die Grünen - auch und gerade in den zahlreichen politikwissenschaftlichen Analysen - eher wohlwollend den „neuen sozialen Bewegungen“ zugerechnet. Einige der Kommentatoren der grünen Anfänge sehen eine unmittelbare Linie von der „68er-Bewegung“ zu den Grünen Ende der 1970er Jahre. Richtig ist, dass einige Überreste der 68er-Bewegung (so auch prominente Figuren wie Daniel Cohn-Bendit) sich der grünen Bewegung anschlossen oder ihre Entstehung mit beförderten. Doch diese Sichtweise lässt außer Acht, dass die 68er-Bewegung - anders als die spätere grüne Bewegung - eingebettet war in einen viel breiteren und länger andauernden innovativen Prozess kulturellen und sozialen Wandels moderner Industriegesellschaften, der auch Bereiche wie die Literatur, Malerei oder Musik betraf. Die so eingebettete Studentenbewegung Mitte der 1960er Jahre, der viele Kinder linker oder linksliberaler Elternhäuser angehörten, verfolgte - anders als die spätere grüne Bewegung - konkrete „objektivierbare“ Ziele, so z.B. die Reform von Forschung und Lehre an der Universität

oder die Beendigung des Vietnamkrieges. Von Umwelt oder „Atomkraft“ (ob Bombe oder Kraftwerke) war bei den 68ern seinerzeit kaum die Rede. Außer Acht gelassen wird bei der Gleichsetzung der 68er-Bewegung mit der der grünen zum anderen, dass sich die „68er“ später nicht überwiegend der grünen Bewegung anschlossen, sondern in recht großer Zahl in den ab 1969 in der Bundesrepublik regierenden Parteien SPD und FDP tätig wurden.

Recht einhellig wird die „grüne Bewegung“ – unabhängig von ihren vorhandenen oder nicht vorhandenen Beziehungen zu den „68ern“ – als Teil der neuen sozialen Bewegungen der 70er Jahre gesehen, die sich nach Klein und Falter „um das Umwelt-, das Friedens- und das Frauen-Thema“³ herum gebildet hatten – also Themen, die auch aus heutiger Sicht positiv bewertet werden können. Doch bei dieser verengten politikwissenschaftlichen Sicht besteht die Gefahr, dass „soziale Bewegungen“ und insbesondere auch die „grüne Bewegung“ lediglich im Kontext bestimmter, noch dazu positiv bewerteter Themen gesehen und beschrieben werden, die sozialen Prozesse gesellschaftlichen Wandels, die dem zugrunde liegen, dabei jedoch vernachlässigt werden. Der Soziologe Friedhelm Neidhardt weist zu Recht darauf hin, dass bei einer solchen rein politikwissenschaftlichen Sichtweise die „Gründe für das Aufkommen sozialer Bewegungen nahezu ausschließlich“ (so auch am Beispiel von Falter und Klein

abzulesen) „in den gesellschaftlichen Problemen“ gesucht werden, auf die sich die Bewegungen selbst „ausdrücklich beziehen“. Im Fall der Grünen waren es dann „die Unterdrückung der Frau“, die „fortschreitende Umweltverschmutzung“ oder der „Rüstungswahnsinn“. ⁴

Für die 68er-Bewegung lassen sich die von den Studenten als kritisch bewerteten Problemlagen – wie Neidhardt formuliert – „objektivieren“, weil die Gesellschaft der Adenauer-Ära der 1950er und 1960er Jahre – wie Klein und Falter richtig bemerken – als „spießig, verknöchert und wenig reformfreudig“ ⁵ erlebt wurde. Die 1970er Jahre aber gaben objektiv keinen Grund mehr für die z.T. heftigen Proteste der diversen grünen Vorläufer-Strömungen. Die Adenauer-Ära war Vergangenheit, 1969 kam es nach 20-jähriger Vorherrschaft der Union zum ersten Mal in der Geschichte der Bundesrepublik zu einem Machtwechsel und die sozialliberale Koalition unter Willy Brandt brachte unter dem Motto „Mehr Demokratie wagen“ zahlreiche Reformen in Politik und Gesellschaft auf den Weg. Die ersten rezessionsähnlichen Störungen des „deutschen Wirtschaftswunders“ waren mit sozialdemokratischer Hilfe (dem damaligen Wirtschaftsminister Karl Schiller) überwunden und mit der neuen Ostpolitik von Willy Brandt wurde die nach der West-Integration der Bundesrepublik

unter Adenauer notwendige Öffnung in Richtung Osten eingeleitet.

Schelte am pragmatischen Politikstil von Brandts Nachfolger Helmut Schmidt war ebenfalls objektiv nicht angebracht, da er sowohl innen- als auch außenpolitisch – soweit es die sich ändernden gesellschaftlichen und ökonomischen Rahmenbedingungen zuließen – am sozialliberalen Reformkurs festhielt.

Die vor allem innerhalb der SPD noch immer zu hörende These, Helmut Schmidt habe wegen seiner geringen Sensibilität für die von der grünen Bewegung angeprangerten Probleme das Entstehen der Grünen erst ermöglicht, während heute als „Vordenker“ der SPD gepriesene Figuren wie Erhard Eppler durch eine von ihnen damals geforderte Integration der grünen Bewegung die Gründung der Partei der Grünen hätten verhindern können, ist deshalb auch heute noch so falsch wie sie schon immer war.

Das hindert aber Teile der SPD und ihr Nahestehender in einzelnen Medien (so Stefan Reinecke in der taz vom 12. November 2009 nach der katastrophalen Niederlage der SPD bei der Bundestagswahl 2009) nicht daran, Helmut Schmidts „Unnachgiebigkeit“ zu beklagen. Erst nach Schmidts Sturz 1982 sei die SPD – so meinen diese „Analytiker“ – wieder „auf der Höhe der Zeit“⁶ gewesen. (Dass die SPD nach dem von ihr selbst mit zu

verantwortenden Sturz von Helmut Schmidt 16 Jahre in der Opposition verharren musste, bis sie 1998 mit Gerhard Schröder wieder den Kanzler stellen konnte, wird bei dieser „Analyse“ allerdings verdrängt).

Objektiv waren die von Neidhardt angesprochenen „Problemlagen“ in den 1970er Jahren – anders als noch Ende der 1960er Jahre – nicht so, dass es wirklich neuer sozialer Bewegungen wie die der Grünen bedurft hätte, um gesellschaftliche Zustände zu verbessern. Der spätere Siegeszug der Grünen ist insofern nicht darauf zurückzuführen, dass Mangellagen in der Gesellschaft den Grünen Auftrieb gegeben hätten, – anders, als es später bei der Linkspartei der Fall war.

Das gilt – wie Neidhardt zutreffend schildert – auch für die damalige „Frauenbewegung“. Sie gewann – so Neidhardt – sicher nicht deshalb „entscheidend an Kraft und Bedeutung“, „weil in den letzten hundert Jahren die objektive Diskriminierung der Frau und ihre unmittelbar damit verursachten subjektiven Probleme signifikant gestiegen wären“. Da eher das Gegenteil der Fall sein dürfte, ist die Ursache der Frauenbewegung in den 1970er Jahren also nicht in einer objektiv besonders kritisch und schwierig gewordenen Problemlage der Frauen zu suchen. Ausschlaggebend für die Entstehung der Frauenbewegung in den 1970ern waren – so Neidhardt – „soziale Wandlungsprozesse“, die „die Vernetzung“ bestimmter

Frauengruppen „erheblich steigerten und auf diese Weise die Organisierbarkeit ihres Protestes verbesserten“. Die vor allem im „Umkreis der Universitäten entstandenen Frauenzirkel, Lesbengruppen oder Wohngemeinschaften“ schufen „Netzwerke, die eine Vergesellschaftung subjektiver Erfahrungen leisten“, eine „frustrationssteigernde Problematisierung der Probleme eingangsetzen und gemeinsame Aktionen ermöglichen konnten.“⁷

Ähnliches gilt für die Umweltbewegung; denn die Sensibilität für Umweltschutz war mit der Regierungsübernahme der SPD-FDP-Koalition 1969 ja nicht gesunken (schließlich hatte die SPD schon im Wahlkampf 1965 mit dem „blauen Himmel über der Ruhr“ geworben), sondern gestiegen. Nicht nur die im Preußischen Wassergesetz von 1913 bereits festgelegten Prinzipien zur Reinhaltung und Pflege der Gewässer wurden wieder beachtet, sondern es wurden eine Reihe von Gesetzesvorhaben zum Umweltschutz auf den Weg gebracht. Der damalige Forschungsminister Volker Hauff wies in einer Replik auf eine grüne „Propagandaschrift“ von 1978 zu Recht darauf hin. Im Einzelnen erwähnten er und der damalige FDP-Bundesgeschäftsführer Günter Verheugen u.a. die Änderungen des Grundgesetzes, die die notwendigen Kompetenzen für Luftreinhaltung, Lärmbekämpfung und Abfallbeseitigung geschaffen hatten,

das Benzin-Blei-Gesetz (mit dessen Hilfe der Bleigehalt in der Luft spürbar gesenkt werden konnte), das Bundesimmissionsschutzgesetz (und die „Technische Anleitung zur Reinhaltung der Luft“ kurz „TA-Luft“ genannt), das Waschmittelgesetz (zur Schonung der Gewässer), das Abfallbeseitigungsgesetz, das Fluglärmgesetz sowie verschiedene energiepolitische Maßnahmen wie das Energiespargesetz oder die diversen Energieforschungsprogramme.

Bedenkt man all diese Sachverhalte, können die Grünen nicht, wie häufig angenommen wird, als soziale Bewegung angesehen werden, die aufgrund eines großen Problemdrucks Ende der 1970er Jahre entstanden ist. Für die Entstehung der Grünen waren andere Gründe, auf die noch einzugehen sein wird, maßgebend.

Dieser Einschätzung steht auch nicht entgegen, dass in den 1970er Jahren die Proteste gegen die Nutzung der Kernenergie eskalierten. Auch hier war ein großer „Problemdruck“, der Anlass für diese Proteste gegeben hätte, nach dem Machtwechsel in Bonn 1969 nicht gegeben; denn die damalige SPD/FDP-Bundesregierung hatte begonnen, in immer stärkerem Maße die Erforschung regenerativer Energien zu fördern, um neben den fossilen Energiearten und der Kernenergie auch neue

Energiequellen für die Energieversorgung nutzbar zu machen.

Und es war auch nicht so, wie Klein und Falter in der Rückschau meinen, dass sich an diesen Protesten gegen die Kernenergie „breite Bevölkerungsschichten beteiligten“.⁸ Dies ist eine krasse Fehleinschätzung; denn an den „Anti-Atomkraft-Demonstrationen“ beteiligten sich von Anfang an nur Minderheiten und nicht „breite Schichten“ der Bevölkerung.

Diese Fehleinschätzung selbst von eher nüchtern arbeitenden Wissenschaftlern deutet aber auf ein generelles Einstellungsmuster im Hinblick auf die Einschätzung und Wertung der Grünen hin. Danach haben die Grünen generell gute, von allen eigentlich zu akzeptierende Ziele verfolgt: Vor allem den Schutz der Umwelt, die Gleichberechtigung der Frau und die Schaffung von Frieden in der Welt. Zur Untermauerung dieser Sichtweise dient auch die von Ronald Inglehart entwickelte These des „Wertewandels“, nach der in entwickelten Gesellschaften die materialistischen Ziele der „Alten Politik“ (wie Wohlstand und soziale Sicherheit für alle Schichten) ersetzt werden durch postmaterialistische Ziele einer „Neuen Politik“ (wie sexuelle Freiheit, alternative Lebensentwürfe, Minderheitenrechte, umfassende politische Partizipation).⁹ Und wegen dieser „guten“ Ziele der von den Grünen propagierten „Neuen

Politik“ gelang es den Aktivisten und Anhängern der grünen Bewegung auch, nicht nur ihren Zielen, sondern auch sich selbst das Etikett „gut“ anzuheften und das Bild der Grünen als den „Gut-Menschen“ in weiten Teilen der deutschen Bevölkerung zu verankern. Damit wurde auch das individuelle, besonders moralische Selbstwertgefühl stabilisiert. Viele Anhänger der grünen Bewegung sind bis heute in ihrer Selbsteinschätzung der festen Überzeugung, nicht nur gute, von allen akzeptierte Ziele zu verfolgen, sondern auch selbst „gute“ Menschen zu sein. Und die Führungskader der grünen Bewegung tun alles, um diese in weiten Teilen der deutschen Gesellschaft verbreitete Einschätzung aufrecht zu erhalten. Eine sachliche Debatte mit „Gut-Menschen“ ist dementsprechend schwierig, zumal die Grünen wegen ihrer „guten“ Ziele und der diese guten Ziele verfolgenden „guten Menschen“ kaum kritisiert werden können, ohne als Kritiker selbst ins moralische Abseits zu gelangen.

So befanden sich auch die etablierten Parteien gegenüber den Grünen von Anfang an in der Defensive. Sie haben sie nie konsequent offensiv bekämpft, sondern immer nur versucht, sich dem vermeintlich „grünen“ Zeitgeist anzupassen und die Grünen quasi „grün“ zu überholen.

Wie Vertreter der CDU, FDP und SPD schon 1978, zu einem Zeitpunkt, als die Grünen formell noch gar nicht als